



Europa macht dicht

Wer zahlt den
Preis für unseren
Wohlstand?

Jürgen Gottschlich,
Sabine am Orde (Hg.)

die tageszeitung

WESTEND

Inhalt

Vorwort	7
1 Europas Krieg gegen Einwanderer	10
2 Wo alles begann	21
3 Die afrikanischen EU-Polizisten	36
4 Der inszenierte Notstand von Lampedusa	52
5 Lebensretter vor Gericht	66
6 Ein guter Freund in Tripolis	74
7 Eine griechische Tragödie	86
8 Der Pufferstaat im Osten	109
9 Welcome to Europe	128
10 Frontex – »Wir koordinieren nur!«	141
11 Überwachung aus dem All	161
12 Frontex abschaffen!	168
13 Deutschland macht dicht	174

14	Dublin II oder wie Europa zur Festung wurde	189
15	Manifest für ein Europa der Humanität und Solidarität	204
	Anmerkungen	214
	Die Autoren	220

4 Der inszenierte Notstand von Lampedusa

Italien ist die erste Anlaufstelle für Flüchtlinge aus Tunesien und Libyen – dagegen geht Rom mit allen Mitteln vor.

Von Michael Braun, Rom

»Die Situation war einfach unglaublich, wir schliefen zu Hunderten auf der nackten Erde, auf dem Hügel direkt oberhalb der Hafemole, und als einzigen Schutz hatten wir ein paar Plastikplanen.« Saber schüttelt den Kopf, als er von seiner Ankunft auf der Insel Lampedusa im März 2011 berichtet. Zwei Monate später steht der schwächliche, 24-jährige Tunesier auf der Terrasse eines Flüchtlingsheims, mitten in der toskanischen Idylle vor den Toren von Florenz, der Blick fällt auf Pinien und Zypressen, auf die Türme des Städtchens Fiesole. »Hier ist es prima«, bilanziert Saber, doch ehe er Aufnahme in der von der Caritas betriebenen Unterkunft fand, musste er mehrere Tage lang am eigenen Leib die Härten und Widersprüche der italienischen Flüchtlingspolitik erfahren.

Auf die Bürger von Lampedusa fällt in seinen Augen keinerlei Schuld. »Die halfen uns, wo immer sie konnten«, mit Wasser, mit Lebensmitteln, mit Kleidungsstücken. Zeitweise waren es in den Märztagen 2011 über 3000 Tunesier, die auf der Insel unter unmenschlichen Bedingungen campierten – die einen dichtgedrängt auf der Hafemole, Sonne, Wind und nächtlicher Kälte ausgesetzt, die anderen auf dem Hügel gleich nebenan, wo sie ihre Notdurft auf freiem Feld verrichten mussten. Für Saber ein Schock: »Unser Land hat nach dem Ausbruch der Revolte in Libyen an die 200 000 Flüchtlinge von dort auf-

genommen, und die Organisation lief wie am Schnürchen«, wundert er sich noch Monate später, »während in Lampedusa das reine Chaos herrschte«.

Denn Italiens Regierung hatte beschlossen, wieder einmal das Stück »Flüchtlingsnotstand« zur Aufführung zu bringen, um ganz Europa auf die schier »unhaltbare Lage« hinzuweisen – und wie immer in den letzten zehn Jahren war jene kleine Insel vor der tunesischen Küste im Fokus, auf die sich in der medialen und politischen Wahrnehmung die Frage des Zustroms von Flüchtlingen und irregulären Einwanderern nach Italien zusammengekürzt hatte: Lampedusa. Ein karges, steiniges Eiland, etwa acht Kilometer lang und drei Kilometer breit, bewohnt von 4500 Menschen, die mit Fischerei und Tourismus ihr Geld verdienen. Zugleich bildet die Insel den südlichsten Vorposten Italiens, liegt sie doch – südlicher als Tunis – nur 113 Kilometer vor der tunesischen Ostküste und ist damit sowohl von Tunesien als auch von Libyen aus die erste Adresse für jene Menschen, die nach Europa gelangen wollen.

Die Albanien-Route

Oder besser: Lampedusa wurde zur ersten Adresse. Dass Italien eine fast 7500 Kilometer lange Seegrenze hat, über die Immigranten einreisen können, entdeckte das Land nämlich zunächst in den neunziger Jahren an seinem Stiefelabsatz, im südöstlichen, Albanien gegenüberliegenden Apulien. 7. März 1991, Brindisi: Binnen eines Tages fahren zahlreiche albanische Schiffe in den Hafen ein, nachdem sie die von einigen Patrouillenbooten der italienischen Küstenwache errichtete Blockade durchbrochen haben. Auf den Decks und Brücken drängen sich Tausende Flüchtlinge. Am Ende werden über 25 000 Ankömmlinge gezählt, die nach dem Zusammenbruch des kommunistischen Regimes im Jahr 1990 aus dem am Boden liegenden Land fliehen wollen.

Eine Welle der Solidarität geht durch die süditalienische Stadt; Hunderte Bürger machen sich mit ihren Autos auf zum Hafen, bringen Hilfsgüter und versorgen die Albaner mit dem Nötigsten. Die Schulen werden umgehend als Notunterkünfte geöffnet. Giuseppe Marchionna, damals Präsident der Caritas von Brindisi, erinnert sich zwanzig Jahre später: »Ich fürchtete damals zwei Dinge, erstens eine Plünderung der Lebensmittel-läden und zweitens einen sanitären Ausnahmezustand. Nichts von alledem geschah, weil anstatt der Soldaten, die die Regierung nicht schickte, die Jugendlichen, die Frauen und Männer von Brindisi zu Hilfe eilten. Statt der nicht bereitgestellten Feldküchen und Chemietoiletten öffneten sich die Häuser der Menschen von Brindisi.« Und der damalige Regionalrat der Partei der Demokratischen Linken berichtet, wie Parteilokale zu Behelfsküchen umfunktioniert wurden und Hunderte Albaner mit warmem Essen versorgt.

Doch auch nach damaliger Rechtslage waren die albanischen Flüchtlinge nichts weiter als irreguläre, »illegale« Einwanderer. 1989 hatte Italien ein Ausländergesetz verabschiedet, das den Aufenthaltsstatus der schon im Land befindlichen Ausländer ohne gültige Aufenthaltserlaubnis im Nachhinein legalisierte – doch die von nun an Kommenden sollten abgeschoben werden. Im März 1990 setzte der italienische Staat sich jedoch über das eigene Gesetz hinweg und ermöglichte vielen Albanern, im Land zu bleiben.

Fünf Monate später war es mit der Solidarität allerdings vorbei. Am 8. August erlebte Bari, die zweite Hafenstadt Apuliens, einen ähnlichen Ansturm, wie ihn Brindisi im März gesehen hatte. An nur einem Tag kamen etwa 20 000 Albaner auf wiederum völlig überladenen Schiffen an. Diesmal aber wurden sie umgehend ins Stadion von Bari geschafft, Lebensmittel und Wasserflaschen wurden von Helikoptern aus über den Flüchtlingen abgeworfen. Und am Ende stand ihre Rückschaffung nach Albanien; oft genug kam der Schlagstock zum Einsatz, um den Widerstand der Albaner zu brechen. Parallel zur

Massenabschiebung organisierte Italien eine Luftbrücke, um Lebensmittel nach Tirana zu schaffen; »repatriieren und helfen« sei die Maxime der Regierung, erklärte der damalige Innenminister Enzo Scotti im Parlament.

Das erste Rücknahmeabkommen

Vor allem galt aber von nun an die Maxime: Die Grenze ist zu. Schon 1991 räumte Albanien Italien das Recht ein, in den beiden albanischen Hafenstädten Durazzo und Valona drei Patrouillenboote der italienischen Küstenwache sowie 80 italienische Beamten zu stationieren. Per Luft- und Seeüberwachung hofften die Behörden, die Route Albanien-Apulien dauerhaft zu unterbrechen. Stattdessen aber brach erst einmal die goldene Zeit der albanischen Schlepper an, die auf flinken Schlauchbooten mit PS-starken Motoren Nacht für Nacht Richtung Apulien auf die Reise gingen, mit Albanern, zunehmend aber auch Flüchtlingen aus anderen Ländern wie Kurdistan, Pakistan oder Afghanistan an Bord.

Von nun an entwickelte sich ein Katz-und-Maus-Spiel zwischen den Schiffen der italienischen Küstenwache, Marine und Finanzpolizei sowie der albanischen Polizei einerseits, den Schlepperbooten andererseits. Die Politik der harten Abwehr mochte den Zufluss aus Albanien bremsen – verhindern konnte sie ihn nicht. Lebten 1990 gerade einmal 2000 Albaner in Italien, so waren es nur zehn Jahre später etwa 150 000 – mit regulärer Aufenthaltserlaubnis übrigens. Denn Italien hielt über die Jahre an einer Konstante seiner Ausländerpolitik fest: Die Tür blieb geschlossen – doch die Hintertür stand offen. Wer immer es ins Land schaffte, durfte hoffen, seinen Aufenthaltsstatus in der gleichen Weise wie schon 1989 legalisiert zu bekommen, wenn die Regierung wieder einmal – »zum endgültig letzten Mal« – zu einer Legalisierungsaktion für die »Irregulären« schritt.

Fand die Flucht auch für viele einen glücklichen Ausgang, so wurde doch der Versuch, die Seegrenze zu blockieren, für andere zur Tragödie. Am Karfreitag 1997 stechen etwa 140 Personen auf dem kleinen Schiff Kater i Rades vom albanischen Valona aus in See, auch zahlreiche Frauen und Kinder sind an Bord. Wenige Stunden später wird die Kater i Rades von der italienischen Korvette Sibilla aufgebracht; zweimal rammt die weit größere Sibilla die albanische Nusschale, die schließlich kentert. 108 Menschen ertrinken.

Ein Jahr später gelingt der italienischen Regierung – in Rom ist der linke Premier Massimo D'Alema an der Macht – schließlich, was sie mit ihren engmaschigen Kontrollen nie erreicht hatte: Die Grenze nach Albanien wird tatsächlich dichtgemacht. Ein im November 1998 geschlossenes Regierungsabkommen zwischen Italien und Albanien regelt nicht bloß die enge Kooperation im Kampf gegen die Schlepper, sondern fixiert auch die Pflicht Albaniens, all jene Menschen – Albaner genauso wie Bürger aus Drittstaaten – zurückzunehmen, die in Italien keine stichhaltigen Asylgründe vorbringen können. Im Jahr 1999 sind noch 46 000 der 50 000 auf dem Seeweg nach Italien gelangten Immigranten über Apulien gekommen, im Jahr 2002 sind es nur noch 3300 von knapp 24 000, und von 2004 an werden sie zur völlig vernachlässigbaren Größe.

Wandernde Fluchtrouten

Wenn die italienische Regierung dachte, sie habe den Zufluss damit erfolgreich gestoppt, irrte sie – es öffnete sich eine neue Route über Tunesien und Libyen mit dem Ziel Lampedusa. Ab 2002 wird die Insel zum quasi exklusiven Ankunftsort für alle, die den Seeweg nach Italien eingeschlagen haben. Die Ziffern halten sich, nüchtern betrachtet und aus der Sicht eines reichen Landes, in engen Grenzen. 2003 kommen 14 000, 2004 dann 13 500, 2005 sind es 22 800 und im Jahr 2006 21 400